

Anton Maegerle

Israel im Visier

Kritiker und Gegner von links und rechts (Dezember 2014 – Februar 2014)

Mit seiner unglücklichen Rede in der Jerusalemer Knesset am 12. Februar löste EU-Parlamentspräsident Martin Schulz Tumulte aus. Besonders eine Äußerung des SPD-Politikers verärgerte die israelische Regierung. Schulz trug eine Frage vor, die ihm palästinensische Jugendliche zuvor in Ramallah, einer Stadt in den Palästinensischen Autonomiegebieten im Westjordanland, gestellt hatten. »Wie kann es eigentlich sein, dass ein Israeli 70 Liter Wasser am Tag benutzen darf, ein Palästinenser nur 17 Liter?« Mehrere Parlamentarier der national-religiösen Siedlerpartei Bayit Yehudi (»Jüdisches Heim«), darunter Wirtschafts- und Handelsminister Naftali Bennett, der an der Spitze der dem rechten politischen Spektrum zugerechneten Partei steht, verließen die Knesset.

Nach israelischen Medienberichten ist der Wassermangel der Palästinenser vor allem eine Folge mangelnder Infrastruktur. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk führte der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor, aus: »Dass Israelis mehr Wasser als Palästinenser bekommen oder eher sich bedienen, muss man sagen, nicht bekommen, das stimmt ganz und gar. In Gaza gibt es ein Wasserproblem, ganz gefährlich, weil sie zu viel Wasser aus der Tiefe der Erde geholt haben und dadurch Meerwasser da reinlief, und das heißt, dass das süße Wasser vom Gazastreifen zunehmend salzig wird. Das ist ein echtes Problem. Wir leiden ja alle unter Mangel an Wasser. Nur wie, die Herrscher und die Besatzer, wir bedienen uns viel besser, als die Palästinenser es sich leisten können.« Der »technische Fehler« des EU-Präsidenten sei die Nennung der nicht verifizierbaren Zahlen gewesen, meinte Primor. Schärfer formulierte es der frühere deutsche Botschafter in Israel, Rudolf Dreßler, Ebenfalls in einem Interview mit dem Deutschlandfunk nannte er Schulz' Rede »unprofessionell«. »Unprofessionell ist für mich, wenn der Präsident eines Parlaments erklärt in Zahlen, die Israelis verbrauchen 70, die Palästinenser 17 Liter, hat mir ein Jugendlicher erzählt, ich habe das nicht verifiziert und ich frage sie, die israelischen Abgeordneten, stimmt das oder stimmt das nicht. Das ist nicht professionell, wenn man Gast in einem solchen Parlament ist und dann noch eine deutsche Staatsangehörigkeit hat.«

Schulz sagte laut Redemanuskript weiter, Israels Blockade des palästinensischen Gazastreifens treibe Menschen in die Verzweiflung, die von Extremisten ausgenutzt werde. »Möglicherweise schafft die Blockade so nicht mehr, sondern weniger Sicherheit.« Schulz plädierte zugleich für Pragmatismus im Friedensprozess. »Die israelischen Siedlungen sind nach der Genfer Konvention illegal, aber sie sind auch real«, sagte er. »Wir brauchen keine Diskussion, ob sie legal oder illegal sind, sondern über praktische Lösungen.« Einem Boykott Israels erteilte Schulz eine klare Absage. Er bekräftigte die Solidarität Europas mit Israel und sprach die besondere Verantwortung auch eines nach dem Holocaust geborenen Deutschen für Israel an. Gleichzeitig lobte er den jüdischen Staat als Hort der Demokratie.

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu kritisierte, der SPD-Politiker habe eine einseitige Sicht auf den Nahost-Konflikt und verharmlose die Bedrohungen, denen Israel ausgesetzt sei. Schulz erliege »wie so viele Europäer einer selektiven Wahrnehmung«, sagte Netanjahu in der Knesset. Der israelische Oppositionsführer Jizchak Herzog von der Arbeiterpartei hingegen verteidigte Schulz. Im staatlichen Radio kritisierte er das Benehmen von »Jüdisches Heim« als »beschämend und skandalös«. »Wir kennen Martin Schulz als Verteidiger der israelischen Position, auch im Europäischen Parlament«, sagte Herzog.

Die Rede des EU-Präsidenten wurde auch in der rechtsextremen Szene aufgegriffen und kommentiert. So zeigte sich »Sache des Volkes« (SdV), eine 2008 gegründete nationalrevolutionäre Gruppierung um den Ex-NPD-Chefideologen Jürgen Schwab, erfreut, dass Schulz nach den kritischen Äußerungen mehrerer israelischer Politiker »wenigstens nicht eingeknickt« sei. Genüsslich zitiert SdV die Reaktion von Schulz auf die Kritik: »Die EU steht zu ihren besonderen Beziehungen zu Israel, aber das bedeutet nicht, dass sie mit jeder Entscheidung der israelischen Regierung einverstanden sein muss.« Weiter ist bei SdV zu lesen: »Die Tragik des nun von rechtszionistischen Kreisen angegriffenen Martin Schulz kann nun nicht gerade Mitleid für diese Gestalt auslösen. Dies zeigt aber auch auf, dass sich in den Augen israelischer Zionisten die deutschen Zionisten niemals ›reinwaschen‹ können. Das Feinbild des Deutschen kann auch noch jede so eindeutige Israelsolidarität NICHT korrigieren.«

SdV missbraucht die Rede des EU-Präsidenten zugleich, um Israel zu attackieren. Israel sei ein »zionistischer Raubstaat«, der eine »Vertreibungspolitik« gegen die Palästinenser betreibe. Weiter ist die Rede von »israelischen Kriegsplänen gegen den Iran«, die »auf nichts weiter als einen antipersischen Völkermord aus sind.« Ob Schwab und Kameraden »vergessen« haben, dass es der damalige iranische Präsident Ahmadinedschad war, der in einer Rede kundtat, der Iran sei entschlossen, Israel »auszulöschen« und »das zionistische Regime mit Stumpf und Stil auszurotten«?

*

Das Simon Wiesenthal Center (SWC) im kalifornischen Los Angeles hat im Dezember 2013 die jährliche Rangliste mit den zehn schlimmsten antisemitischen Äußerungen des Jahres 2013 vorgestellt. Den Spitzenplatz hat Ali Chamenei, der Vorsitzende des Islamischen Wächterrats im Iran inne. Dieser bezeichnete Israel als »tollwütigen Hund«, dessen »Führer wie Monster aussehen und nicht menschlich genannt werden können«. Platz Nummer 3 bekam Richard Falk, Sondergesandter des UN-Menschenrechtsrates für die Palästinensischen Autonomiegebiete, zugewiesen. Er unterstellte Israel völkermörderische Gelüste. Auf Platz 7 folgen die »Badische Zeitung« und die »Stuttgarter Zeitung«. Beide Tageszeitungen hatten in Cartoons Israel verteufelt. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wurde als Mann karikiert, der die Friedensgespräche im Nahen Osten nicht nur stört, sondern vergiftet.

*

»Die Parallelen zu dem, was in den 1930er Jahren in Deutschland geschehen ist, sind so offensichtlich«, so urteilte der ehemalige Gründer und Frontmann der weltbekannten Band »Pink Floyd«, Roger Waters, in einem Interview über die Situation im Nahen Osten. Waters rief in der Vergangenheit mehrfach Künstler zum Boykott von Israel auf. Er ist der bekannteste Rockstar, der die Kampagne »Boykott, Desinvestition und Sanktionen« gegen Israel öffentlich unterstützt. Im Sommer letzten Jahres provozierte er mit seinem Bühnenprogramm. Auf der Tournee, die an das 1979 erschienene Album »The Wall« angelehnt ist, ließ Waters einen Schweine-Ballon von der Decke hängen. Darauf war unter anderem ein Davidstern abgebildet. Am Ende der Show wurde der Ballon zerstört. 2010 ließ Waters bei der Hymne »Another Brick in the Wall« Bilder vom Davidstern auf eine Mauer zwischen Bühne und Publikum projizieren. Die Davidsterne verwandelten sich in Dollarzeichen und warfen Bomben ab.

*

Im Dezember wurde ein Urteil des Amtsgerichtes in Varel gegen den 67-Jährigen Ernst Köwing wegen Volksverhetzung vor dem Oldenburger Landgericht rechtskräftig, in dem er zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde. Köwing hatte auf seinem offen antisemitisch und verschwörungstheoretisch geprägten Schmuddelblog »Der Honigmann sagt ...« Texte veröffentlicht, die den Holocaust in Abrede stellen. Per Internet bietet der Hobby-Imker jedoch weiterhin einschlägige Machwerke wie »Die Rothschilds. Eine Familie beherrscht die Welt« oder »Das Komitee der 300« zum Kauf per Mausklick an.

*

Zur Jahreswende teilte der US-amerikanische Rassist David Duke, vormals Abgeordneter des Repräsentantenhauses von Louisiana und Grand Wizard der »Knights of the Ku Klux Klan«, den Lesern seiner Mailingliste mit, er habe trotz vermehrter »zionistischer Attacken« die Arbeit für ein neues Buch mit dem Titel »The Secret Behind Communism« abgeschlossen. In diesem Jahr will er auch das Buch »The Illustrated Protocols of Zion« vollenden. Das Machwerk soll ein bebildeter Reprint der »Protokolle der Weisen von Zion« werden. Das noch immer am weitesten verbreitete Dokument des modernen Antisemitismus gibt vor, geheime Dokumente eines Treffens von jüdischen Weltverschwörern zu sein. Es ist jedoch eine Fälschung, die Anfang des 20. Jahrhunderts entstand. Vielschreiber Duke will 2014 noch ein weiteres Buchprojekt abschließen, Titel »The Zionist Conspiracy«. Darin wähnt der Autor Wissenschaft, Medien, Politik und internationale Finanzströme in den Händen »der Juden«. Seiner antisemitischen Anhängerschaft gibt Duke kund, er wolle eine große politische Bewegung schaffen, die für die Freiheit gegen »diese Tyrannen« aufstehen wolle. Im August 2002 trat Duke neben dem damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt beim 2. Pressefest der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« in der Nähe von Hannover als Redner auf.

*

Während der Sylvesternacht haben Jugendliche in Berlin auf dem Mahnmal für die ermordeten Juden in Europa randaliert und gegen die Stelen uriniert.

*

Der einschlägig vorbestrafte und knasterfahrene Rechtsextremist Rigolf Hennig fungiert seit September 2011 als »Landesleiter Deutschland« der »Europäischen Aktion« (EA), die in allen Bundesländern mit Anhängern und Mitgliedern vertreten sein will. Die schwerpunktmäßig in der Bundesrepublik aktive Organisation von Holocaust-Leugnern versucht im europäischen Rahmen ein antisemitisch-neonazistisch-rassistisches Netzwerk aufzubauen. Offizieller Sitz der organisationsübergreifenden »Bewegung für ein freies Europa« ist das »Zentralsekretariat« in Affoltern am Albis im Kanton Zürich. Sogenannte Informationsstellen befinden sich neben der Schweiz und der Bundesrepublik in Frankreich, Liechtenstein, Österreich und Großbritannien. Eigenangaben zufolge unterhält die EA Landesgruppen in ca. zwölf Ländern, unter anderem auch in der Ukraine und Weißrussland. In der im Januar verschickten Ausgabe von »Europa ruft«, dem »Mitteilungsblatt« der »Europäischen Aktion«, verkündet Hennig, dass »Zion zum Weltkrieg drängt, um die Weltherrschaft zu gewinnen«. »Bewaffneter Arm der Zionisten« seien die USA, behauptet er. Den US-amerikanischen Präsidenten Obama bezeichnet er als »Laufbursche des Zionismus«. Hinter den militärischen Auseinandersetzungen in Syrien wittert Hennig durch Israel »eingeschleuste Terroristen«. 2014 sei »mit der heißen Welle des Dritten Weltkrieges zu rechnen, sofern es nicht zuvor zur Implosion der überdehnten »einzig verbliebenen Weltmacht« kommt«, orakelt Hennig. Kurzerhand erklärt er: »Die BRD ist nicht der Staat der Deutschen«.

In der »Vorläufigen Materialsammlung für ein mögliches NPD-Verbotsverfahren« des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist Hennig, bis April 2012 Stadt- und Kreistagsabgeordneter der NPD in Niedersachsen, mehrfach im Kapitel »Antisemitismus« aufgeführt. In antisemitischen Texten von ihm, so die Verfassungsschützer, sei »durchgehend in einem verschwörungstheoretischen Duktus von zionistischen Hintergrundmächten die Rede, die zum Schaden der Völker seit mehr als hundert Jahren die internationale Politik manipulierten, um sich die Weltherrschaft zu sichern.« Das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz rechnet Hennig, zugleich »Staatspräsident« der geschichts- und gebietsrevisionistischen Kleinstorganisation »Freistaat Preußen«, »den meinungsführenden niedersächsischen Rechtsextremisten« zu.

Hennig, der über eine Vielzahl von Kontakten und Verbindungen auf nationaler und europäischer Ebene verfügt, war einst Südtiroler »Freiheitskämpfer«, Gründungsmitglied der Republikaner und später Bundesvorstandsmitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH). Die »Europäische Aktion« versteht sich laut Hennig als »Gegenentwurf zur EU« und »enthält als Kern das Deutsche Reich.« Mit der jetzigen Staatsform der Bundesrepublik verbindet Hennig nichts. »Diese Republik ist längst kein Rechtsstaat mehr – sofern sie denn je einer war«, bekundete er bereits 1993 im neurechten Blättchen »Europa Vorn«. Hennig greift regelmäßig für das antisemitische Hetzblatt »Phoenix« des österreichischen Holocaustleugners Walter Ochsenberger zur Feder.

Die Funktion des EA-Schatzmeisters hat Arnold Höfs inne. Höfs, auf dessen Namen das EA-Spendenkonto bei der Postbank Frankfurt/Main lautet, ist als Autor von Artikeln mit Holocaust leugnenden Inhalten bekannt. Unter seinem Pseudonym Herbert Hoff gibt er die revisionistische Bücherreihe »Faktenspiegel« heraus. Höfs nahm im Dezember 2006 an der sogenannten Holocaust-Konferenz »Überprüfung des Holocausts: Globale Vision« in der iranischen Hauptstadt Teheran teil. Den Initiator der Konferenz, den damaligen iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad, würdigte die EA als »mutigsten Staatsmann der Welt«, der mit dem »öffentlichen Bestreiten des Holocaust den Westen zweifellos an seiner empfindlichsten Stelle getroffen« habe. Texte der EA sind auf deren Homepage deshalb auch in persischer Sprache abrufbar. Zuletzt bezog die Organisation am 11. Januar Stellung gegen den »Feind«: »Feind« sei der »allgegenwärtige Völkerfeind in Form des internationalen Zionismus. Durch welche »ausgewählte« Minderheit sich der Zionismus personifiziert, ist hinlänglich bekannt. Nur die Beseitigung dieser global agierenden, politischen Kraft ermöglicht die Schaffung einer neuen Ordnung in unserem Sinne.« Der namentlich nicht genannte Autor wünscht sich von Herzen ein »Auschwitz II« herbei. Diese Vernichtungsfantasien sind Volksverhetzung pur und müssen juristisch geahndet werden!

*

Den »Tod eines Kriegers«, der in »Erinnerung bleibt als Verantwortlicher der Massaker von Sabra und Schatila« meldete am 13. Januar die linke Berliner Tageszeitung »junge Welt« (jW). Gemeint war Ariel Scharon. Fakt ist jedoch, dass die Nachrufe auf den ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten und Mitbegründer des streng nationalen Likud-Blocks, der am 11. Januar im Alter von 85 Jahren starb, offenbaren, wie einseitig die Erinnerung an die Gräueltaten des libanesischen Bürgerkriegs sind.

Im September 1982 ermordete die christlich-libanesisch-falange-Miliz vor den Augen der israelischen Armee Palästinenser in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila. Damals war Scharon Verteidigungsminister und damit politisch verantwortlich für das Versagen der israelischen Armee. Die Gräueltat ist unbestritten und beschädigte Israels Ansehen in der Welt. Völlig in Vergessenheit geraten sind dagegen Massaker, die von den Palästinensern während des libanesischen Bürgerkrieges an Christen verübt wurden. So massakrierte im Frühjahr 1976 die PLO die Bewohner des christlichen Küstenortes Darmur. Dies wurde dem damaligen PLO-Führer Jassir Arafat von der Weltöffentlichkeit jedoch nicht zur Last gelegt; Massaker des Bürgerkrieges, an denen Israel damals nicht mittelbar oder unmittelbar beteiligt war, hat die Weltöffentlichkeit heute vergessen. Nur zwei Namen aus dem libanesischen Bürgerkrieg sind in Erinnerung geblieben: Sabra und Schatila. Das ist einseitiges und vereinfachtes Gedenken! Die Neonazi-Partei »Der Dritte Weg«, eine extreme Abspaltung der NPD, »würdigte« Scharon in einem »Nachruf« als »zionistischen Terroristen«. Den Antrittsbesuch von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Israel und dessen Teilnahme an den Beerdigungsfeierlichkeiten bezeichneten die Neonazis als Reise auf »Staatskosten« in den »Terrorstaat« und »Raubstaat« Israel.

*

Wenige Tage vor der geplanten Eröffnung einer Ausstellung über die 3.500-jährige Beziehung der Juden zum Heiligen Land am 20. Januar hat die UNESCO (UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur) diese untersagt und »verschoben«. Die Ausstellung in der Haupthalle der UNESCO in Paris war bereits aufgebaut, als schriftlicher Protest im Namen von 22 arabischen Staaten eintraf. Darin hieß es, die über zwei Jahre hinweg vom Wiesenthal Center in Absprache mit der UNESCO konzipierte Ausstellung schade einem möglichen Frieden im Nahen Osten.

Es hat den Anschein, dass das jüdische Volk nicht das Recht haben darf, seine Geschichte zu erzählen. Zu Recht kommentierte das Wiesenthal Center den Vorfall mit den Worten: »Der Protest der arabischen Gruppe dreht sich nicht um einen bestimmten Inhalt in der Ausstellung, sondern vielmehr um die Idee an sich – dass das jüdische Volk nicht nach dem Nazi-Holocaust ins Heilige Land gekommen ist, sondern seine historischen und kulturellen Wurzeln in jenem Land dreieinhalb Jahrtausende zurückverfolgen kann. Wenn etwas die Hoffnungen auf Frieden und Versöhnung unter den Menschen im Nahen Osten behindern wird, dann das Nachgeben gegenüber den Kräften des Extremismus und das Torpedieren der Eröffnung dieser Ausstellung«.

*

Für ein rechtsextremes Musik-Happening am 19. Januar musste ausgerechnet eine Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf als Hintergrund erhalten. Neonazi-Rapper Patrick Killat (alias »Villain 051«) nutzte die Gelegenheit zu einem Videodreh mit dem Titel »Für unsere Kinder«. Dabei schmettert er in einem Lied: »Befreit euch von der Lüge, Brüder dieser Welt vereinigt euch und Zion fällt. Ihm geht es nicht mehr um Religion oder Volk. Nein, er kommt über Nacht und will nur euer Geld.« Weiter singt er: »Wir gehen auf die Straße, um dieses System zu stürzen. Für unser deutsches Land ziehen wir heute in den Kampf.« Fahنشwenkende Neonazis skandieren in dem Clip vor der Eingangstür des Flüchtlingsheims: »Hier ziehen treue Deutsche die Waffen« und »Wahrheit macht frei«. Auch bei der Neonazi-»Mahnwache« am Abend des 13. Februar anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am Vorplatz des Brandenburger Tors war Killat mit von der Partie.

*

In der Nacht zum 22. Januar wurden zwei Stolpersteine durch Fenster des Rathauses im hessischen Seeheim-Jugenheim (Kreis Darmstadt-Dieburg) geworfen. Sie gehören zu den insgesamt fünf Stolpersteine, die im November 2013 kurz nach ihrer Verlegung in Weiterstadt gestohlen worden waren. Ein ähnlicher Angriff hat sich bereits in der Nacht zum 8. November 2013 ereignet. Damals lief im Rathaus eine Ausstellung zum Thema Antisemitismus. Den jüngsten Übergriff in Seeheim-Jugenheim kommentierte die Neonazi-Partei »Der Dritte Weg« unter der Überschrift »Schuld kult-Prot est durchs Rathausfenster«. Die antisemitischen Täter heroisierte der »Dritte Weg« als »Steinwurf-Artisten« bzw. als »unbekannten Steinentsorgungstrupp«. Weiter heißt es:

»In den letzten Jahren wurde in zahlreichen bundesdeutschen Kommunen in einem krankhaft betriebenen Schuld kultwahn der gute Straßenbelag extra aufgerissen, um darin so genannte ›Stolpersteine‹ zu versenken . [...] Die dort einbetonierten ›Stolpersteine‹ zeigen auf einem montierten Messingblättchen den Namen und die angeblichen Wohnorte ehemaliger jüdischer Bewohner in Deutschland, die aus verschiedenen Gründen während der Zeit des historischen Nationalsozialismus ihre Wohnstätte verlassen haben. So will insbesondere die linke Schultkult-Fangemeinde in der BRD, die deutsche Opfer leugnet aber insbesondere Juden ein ewiges Denkmal setzen möchte, auf dem heimischen Straßenpflaster ihrer abstrusen Volksfeindlichkeit symbolisch frönen.« Stolpersteine zur Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit sind ein Hassobjekt der rechtsextremen Szene. Sie werden quer durch die Bundesrepublik geschändet, mit Brachialgewalt aus dem Boden gerissen oder entwendet.

*

Bei einer Stadtführung der Volkshochschule zur Geschichte der Juden im baden-württembergischen Schwenningen am 25. Januar provozierte eine fünfköpfige Gruppe von Neonazis vor dem Gebäude. Während der Historiker Michael Zimmermann im Rahmen der Reihe »Wider das Vergessen« über Judenverfolgung in der NS-Zeit sprach, entrollten Neonazis Fahnen und ein Transparent. Darauf war zu lesen: »Früher Opfer – heute Täter«. Dabei schwenkten die Neonazis eine schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreichs.

*

Am Vorabend des 27. Januar fanden sich rund 60 Rechtsextremisten zur Buchlesung von Udo Voigt und zur Besichtigung des neuen NPD-Bürgerbüros in Erfurt ein. Auf die Frage, ob eine Neonazi-Veranstaltung kurz vor dem Holocaust-Gedenktag nicht eine Provokation sei, entgegnete der bis 2011 amtierende NPD-Bundesvorsitzende süffisant, ihm sei nicht klar, warum Kritiker ausgerechnet das Datum des Geburtstages von Kaiser Wilhelm mit einer Buchlesung verknüpften. Im übrigen gebe es für nationale Vorträge keine »Tabu-Tage«. Seit 1996 wird am 27. Januar in der Bundesrepublik der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. 2005 hatten die Vereinten Nationen diesen Tag zum internationalen Holocaust-Gedenktag ausgerufen.

*

In der Nacht zum 27. Januar wurden das Rathaus, ein Pressehaus und das CDU-Wahlkreisbüro im mecklenburg-vorpommerschen Grevesmühlen illegal beklebt. Auf den Plakaten waren Formulierungen wie »Internationaler Tag der 6 Millionen Lüge« und ein Spruch, der Stimmung machen soll gegen Menschen jüdischen Glaubens. Das NPD-nahe Internetportal »mupinfo« kommentierte die antisemitischen Übergriffe mit den Worten: »Mit der illegalen Aktion wollten die Täter mutmaßlich an die nicht zu übersehende Divergenz zwischen staatlich zelebriertem Gedenken und der allgemeinen Ablehnung bzw. dem vollständigen Desinteresse in der Bevölkerung anknüpfen. Tatsächlich

werden die überbordenden Schuld- und Sühnerituale fast ausschließlich von Berufsdemokraten und der jüdischen Lobby im Land getragen. Die große Masse hat fast 70 Jahre nach Kriegsende aber einfach nur die Schnauze voll und einige Heißsporne greifen dann wohl zur drastischen Provokation.« Domaininhaber von »mupinfo« ist der Schweriner NPD-Landtagsabgeordnete David Petereit.

*

Symbolträchtig wurde dem mecklenburg-vorpommerschen Landsrabbiner William Wolff (86) am Holocaust-Gedenktag die Ehrenbürgerschaft von Schwerin verliehen. Das Ehrenbürgerrecht ist die höchste Auszeichnung des Landeshauptstadt. In ihrer Laudatio bezeichnete Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) Wolff als einen unermüdlichen und hartnäckigen Boten der Versöhnung. »mupinfo« kommentierte anlässlich der Verleihung: »In jüngster Zeit ist durch etliche posthume Aberkennungen früherer Ehrenbürgerschaften der Wert derselben deutschlandweit arg gemindert worden.« Gemeint sind ehemalige Ehrenbürger wie Hitler und Hindenburg.

*

Im Rahmen einer UNESCO-Konferenz in Paris zum Holocaust-Gedenktag stellten Wissenschaftler des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung aus Braunschweig erste Ergebnisse der Studie »Zur Bedeutung des Holocaust in der schulischen Bildung. Eine globale Bestandsaufnahme von Schulbüchern und Lehrplänen« vor. Die von der UNESCO geförderte Studie zeigt, dass in deutschen Schulbüchern mehr denn je über den Holocaust steht. Doch viele Informationen sind ungenau. So wird Hitler oft als alleiniger Verantwortlicher für die Massenverbrechen in der NS-Zeit dargestellt. In den Lehrplänen vieler Staaten fehlt das Thema Holocaust ganz. Nur in der Hälfte der untersuchten Staaten ist der Holocaust in den Lehrplänen aufgeführt. Das Georg-Eckert-Institut hat für die Studie zahlreiche Schulbücher ausgewertet, dazu die Lehrpläne in der Bundesrepublik und 125 weiteren Staaten. Im internationalen Maßstab habe die deutsche Schulbuchlandschaft eine »fast beispiellose Breite und Diversität«, heißt es in der Auswertung.

*

Während einer Gedenkveranstaltung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) anlässlich des 69. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 31. Januar warfen unbekannte Täter zwei Scheiben der Projektwerkstatt Bunte Q in Schwerin ein. Die antifaschistische Bildungs- und Begegnungsstätte war bereits 2013 Opfer von rechtsextremen Schmierereien und Szene-Aufklebern. Den Gewaltakt kommentierte »mupinfo«: »Die Täter sind unerkannt entkommen. Eine geordnete Fortsetzung der Veranstaltung dürfte unter diesen Umständen schwierig geworden sein.«

*

Im Januar starb der Journalist Werner Pirker. Der 1947 in Kärnten geborene Leninist, vormals Moskau-Korrespondent der »Volksstimme«, der Parteizeitung der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), arbeitete seit Jahren als Redakteur und politischer Kommentator für die stramm antizionistische Berliner Tageszeitung »junge Welt« (jW). »Mit Werner verliert die antiimperialistische und Antikriegsbewegung einen aufrechten und klugen Kämpfer, der sich mit aller Kraft für die Opfer des Imperialismus einsetzte und deren Sache er mit scharfem Verstand, glühendem Herzen und geschliffenen Worten vertrat«, so ein Nachruf in der jW. Weiter ist über Pirker zu lesen: »Er klagte die imperialistischen Kriege gegen Afghanistan, den Irak und Libyen an und verteidigte das Recht auf Widerstand gegen völkerrechtswidrige Kriege und Besatzung. Er sprach Israel das Recht ab, als Apartheidstaat zu existieren, und stellte sich auf die Seite der Verteidiger des laizistischen Syriens. Er entlarvte die ›antideutschen‹ Zionismusfreunde als gewöhnliche Kriegs- und Kapitalismus-Apologeten«.

Anlässlich von Pirkers Tod veröffentlichte die jW einen seiner extrem Israel-feindlichen Artikel, der erstmals am 25. April 2008 in dem Blatt erschienen war. Darin attackiert Pirker die bedeutende Rede von Gregor Gysi anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung Israels. Gysis Rede, so Pirker, gipfele in einer »Solidaritätserklärung an den zionistischen Staat und einer schroffen Absage an den Antizionismus«. Dies sei »Solidarität mit dem Aggressor«. Pirker weiter: »Die palästinensische Gegenposition zum Zionismus erscheint dem Linkspartei-Politiker als nicht diskursfähig. Denn schon die Nichtanerkennung Israels in seiner zionistischen Verfaßtheit wird von der politisch korrekten Linken als ideologische Voraussetzung des Terrorismus denunziert. [...] Mit seiner Forderung nach Solidarität mit Israel begibt sich Gysi in die feine Gesellschaft der Kriegstreiber.« Mit zynischem Unterton fährt Pirker fort: »Inzwischen ist es eine Grundannahme des Zionismus, daß Israels ›Selbstverteidigung‹ gegen seine arabischen Feinde der Verhinderung eines ›zweiten Holocaust‹ diene. Was also als Schutzmacht vorgesehen war, ist selbst zum Schutzobjekt geworden. Es war jedenfalls eine äußerst seltsame Annahme, zu meinen, sich vor Anfeindungen schützen zu können, indem man sich der Heimat eines anderen Volkes bemächtigt. Der begreifliche Haß, den die Kolonisten auf sich gezogen haben, wurde dann umgehend als Antisemitismus denunziert. Wenn Antisemitismus tatsächlich nur auf Projektionen beruhen würde, wie es psychoanalytische Deutungen nahelegen, er also nicht eine Reaktion auf das reale Verhalten von Juden ist, dann können die Opfer der zionistischen Landnahme ganz bestimmt keine Antisemiten sein. Sie hassen ihre Unterdrücker, weil sie Unterdrücker und nicht, weil sie Juden sind.« Die 3.500-jährige Beziehung der Juden zum Heiligen Land scheint Pirker verborgen geblieben zu sein. Eine in der jW veröffentlichte Todesanzeige für »unseren Freund, Kollegen und Genossen« Pirker unterzeichnete auch Moshe Zuckermann, Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv.

*

Die letzten Exemplare des Buches »Das Ende der Wanderschaft. Gedanken über Gilad Atzmon und die Judenheit« von Horst Mahler finden sich im Februar-Angebot des Versands »Franken-

Bücher« von Anke Herrmann aus dem bayerischen Kleinsendelbach. Herrmann ist wegen Volksverhetzung einschlägig verurteilt. Die Kapitel des 393 Seiten umfassenden »Werkes« des notorischen Holocaust-Leugners Mahler tragen Titel wie »Judenherrschaft als Herabwürdigung des Deutschen Volksgeistes«, »Kapitalismus ist Judaismus«, »Judas Sieg über die USA« oder »Beginn des Marsches der Judenheit zur Weltherrschaft«. Mahler sitzt wegen Volksverhetzung eine mehrjährige Haftstrafe in Brandenburg an der Havel ab. Verfasst hat er die Hetzschrift im Knast. Den Computer bekam er von der JVA.

*

»War die Nazi-Diktatur demokratischer als die FDGO-Demokratie?«, orakelte der NPD-nahe Hans Püschel am 11. Februar in einem Artikel mit dem Titel »Juden raus!« – ein Donnerhall, wieso?« auf seiner Homepage. Anlass seines hetzerischen Textes bot eine Anti-Hollande-Demonstration Ende Januar in Paris. Dabei kam es auch zu antisemitischen Sprechchören. Demonstranten brüllten unter anderem: »Juden, Frankreich gehört nicht euch!«

Der Weg vom Antisemitismus zur Holocaustleugnung scheint im rechtsextremen Verständnis à la Püschel recht kurz. In seinem Text bezieht sich Püschel auf den französischen Holocaust-Leugner Robert Faurisson, »der schon vor Jahrzehnten bewiesen« haben wolle, »daß das mit den Gaskammern angeblich gar nicht funktionieren konnte. Die ganze Vergasungs-Tatsache wäre eine Lüge. Das finden die Israeliten und alle ›ihre‹ Politiker unerhört«. Juden, wehklagt Püschel weiter, kommen heute »als Kontingenter« in die Bundesrepublik und würden so zu »lebenslang bestens im Sozialsystem Versorgte.« Doch Püschel will Licht am Ende seines selbst gewählten Tunnels erblicken: »Es rumort in Europa – die Entmündigten wehren sich«, sowohl »gegen die offenkundige Diktatur der Israeliten wie auch gegen die Überflutung der Völker mit Ausländern«, die von »Timbuktu bis zum asiatischen Dschungel« anreisen.

Püschel, amtsenthobener Bürgermeister der 565 Einwohner zählenden Ortschaft Krauschwitz im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt, hatte erstmals 2010 für bundesweite Schlagzeilen gesorgt, als er als SPD-Mitglied den NPD-Bundesparteitag am 6. November in Hohenmölsen (Burgenlandkreis) besuchte und öffentlich kundtat, er habe auf dem Parteitag »kaum einen Satz gefunden«, den er »nicht selbst unterschreiben würde«. Einem von der SPD eröffneten Parteiausschlussverfahren kam Püschel mit seinem Austritt zuvor. Sodann kandidierte er bei der sachsen-anhaltinischen Landtagswahl 2011 als Direktkandidat der NPD. Im Oktober 2013 wurde er (»Wenn ich Nazi bin, nur weil ich mit Leib und Seele für Deutschland einstehe, dann bin ich stolz, ein Nazi zu sein!«) vom Amtsgericht Weißenfels wegen Volksverhetzung schuldig gesprochen. Die Anklage warf dem 65-Jährigen vor, die Verbrechen des Holocaust geleugnet zu haben.

*

Im Februar ging der antisemitische Blog »politaia.org« des Versicherungsvertreters Hermann Breit aus dem bayerischen Kolbermoor bei Rosenheim offline. Das Aus begründete Breit, »da für das

Zionisten-Regime die jugendgefährdenden Inhalte [...] wohl doch zu weit gegangen sind.« Breit hatte im Oktober 2013 vom Amtsgericht Rosenheim wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener einen Strafbefehl über 5.400 Euro erhalten. Er hatte, so der Strafbefehl, behauptet, dass es sich bei Fotos von Auschwitz, die zu Tode gequälte Juden zeigen, um deutsche Kriegsgefangene gehandelt habe. Künftig will Breit mit der Seite »bewusst-treff.de« online gehen.

*

In Neonazi-Kreisen wird zum Boykott der Sprudelfirma SodaStream aufgerufen. Der Produzent von Do-it-yourself-Geräten für kohlenensäurehaltige Getränke gilt als eine der erfolgreichsten Firmen Israels. SodaStream verwandelt Leitungswasser per Knopfdruck in Erfrischungsgetränke mit verschiedensten Geschmacksrichtungen. Die im Westjordanland angesiedelte Firma, die sich dem Frieden zwischen Palästinensern und Israels verschrieben hat, beschäftigt 900 arabische Frauen und Männer. Die Löhne und Sozialabgaben der arabischen Arbeitnehmer werden nach israelischem Standard bezahlt.

*

Am 3. Mai sollen einem Bericht der »Leipziger Volkszeitung« zufolge im sächsischen Eilenburg Stolpersteine verlegt werden. Der Artikel wurde auch in NPD-Kreisen gelesen. Postwendend veröffentlichte der NPD-Kreisverband Nordsachsen einen hämischen Text mit dem Titel »Achtung! Demnächst Stolperfallen in Eilenburg«. Es gehöre zum »Schuld-und Sühnekult«, dass »umso weiter das ›Dritte Reich‹ entfernt ist, umso energischer die zwölf Jahre ›aufgearbeitet‹ werden«, meint die NPD. Für aktionsorientierte Kameraden hat der Kreisverband eigens die genauen Adressen der zu verlegenden Stolpersteine angegeben.